

1096 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Sozialausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. März 1974,
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenver-
sicherungsgesetz 1958 und das Arbeitsmarktförderungsgesetz
geändert werden

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht
eine Neugestaltung und Erhöhung des Karenzurlaubsgeldes vor.
Weiters ist eine Herabsetzung der zur erbringenden Anwart-
schaftszeit und die Anrechnung von krankenversicherungspflich-
tigen, aber nicht arbeitslosenversicherungspflichtigen Lehr-
bzw. Ausbildungszeiten von Lehrlingen bzw. Krankenpflege-
schülerinnen vorgesehen. Ferner sollen Beihilfen für Mütter
zur Unterbringung ihrer Kinder in Kindergärten gewährt werden
und Mitteln zur Schaffung und Ausstattung von Kindergarten-
plätzen bereitgestellt werden. Für alleinstehende Mütter ist
neben einem höheren Karenzurlaubsgeld eine Notstandsbeihilfe
im Anschluß an das Karenzurlaubsgeld vorgesehen.

Der Sozialausschuß hat die gegenständliche Vorlage in
seiner Sitzung am 12. März 1974 in Verhandlung genommen und
einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen
Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Sozialausschuß
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 6. März
1974, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosen-
versicherungsgesetz 1958 und das Arbeitsmarktförderungsgesetz
geändert werden, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 12. März 1974

S t e i n l e
Berichterstatter

L i e d l
Obmann